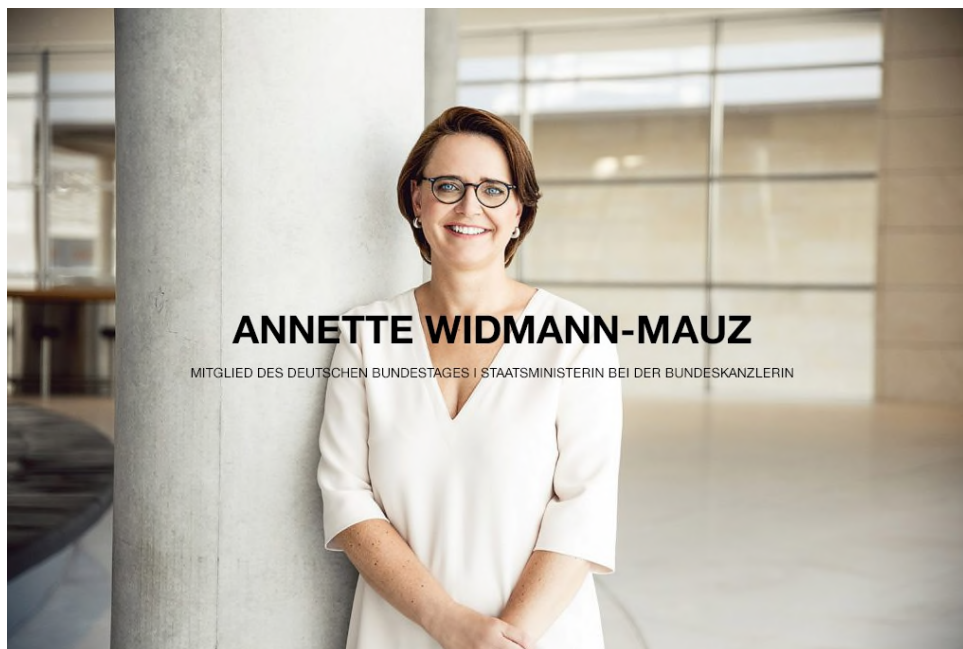


Newsletter Annette Widmann-Mauz

[Online-Version anzeigen](#)

Zukunft Europa

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat am Wochenende eine überzeugende Antwort auf die Frage gegeben, welche Schritte notwendig sind, damit Europa die Herausforderungen der Zukunft besteht. Das Ziel ist, Ihnen, den Bürgerinnen und Bürgern, gute Perspektiven in Sachen Sicherheit und Wohlstand zu bieten und Europa eine starke Stimme in der Welt zu sichern. In der Außen- und Sicherheitspolitik müssen wir unser Schicksal stärker in die eigene Hand nehmen. Im Rahmen der Verteidigungspolitik sollte es zu einer größeren Bündelung der europäischen Kräfte zum Beispiel im Bereich Beschaffung kommen. Ein wichtiger Schritt zu mehr Gemeinsamkeit in der Außenpolitik wäre ein zusätzlicher gemeinsamer europäischer Sicherheitsratssitz bei den Vereinten Nationen.

Für die Sicherung unseres Wohlstands im 21. Jahrhundert sind eine innovationsfähige Wirtschaft, ein stabiler Euro und solide Finanzen Grundvoraussetzung. Bei den fundamentalen Innovationen muss Europa schneller werden, nur so halten wir den Anschluss weltweit. In der zentralen Migrationsfrage sind Außengrenzsicherung, gemeinsame Asylpolitik und Bekämpfung der Fluchtursachen essentiell. Es ist wichtig, dass die europäische Grenzschutzbehörde Frontex mittelfristig zu einer echten europäischen Grenzpolizei mit europäischen Kompetenzen wird. Mit dem Marshallplan für Afrika wollen wir dafür sorgen, dass junge Menschen lieber in ihren Ländern bleiben.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre Annette Widmann-Mauz MdB



Neuregelung Familiennachzug

Bereits Anfang dieses Jahres hat der Bundestag den Anspruch von subsidiär Schutzberechtigten auf Familiennachzug abgeschafft – rechtzeitig bevor die zuvor bestehende zweijährige Aussetzung ausgelaufen wäre. Festgelegt wurde, dass ab 1. August 2018 nur noch höchstens 1.000 Personen im Monat aus humanitären Gründen zu Personen dieser Schutzgruppe nachziehen können, damit die Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft erhalten bleibt. Diese Woche beriet der Bundestag in erster Lesung über das Gesetz zur Ausgestaltung des begrenzten Familiennachzuges, insbesondere sollen Auswahl- und Ausschlussgründe festgelegt werden. Beim Zuzug zu subsidiär Schutzberechtigten sind Integrationsaspekte und das Kindeswohl besonders zu berücksichtigen. Der Familiennachzug bei Gefährdern ist für sämtliche Familiennachzüge – auch bei anerkannten Flüchtlingen und deutschen Staatsbürgern – kategorisch ausgeschlossen.

Foto: CDU/Lena Weber



Beitragsentlastungsgesetz

Das Bundeskabinett hat am Mittwoch den Gesetzentwurf zur Beitragsentlastung der Versicherten in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) verabschiedet und auf den parlamentarischen Weg gebracht. Zum 1. Januar 2019 sollen die Beiträge für Versicherte der GKV deutlich sinken – um insgesamt 6,9 Milliarden Euro im Jahr. Arbeitgeber und Arbeitnehmer zahlen zukünftig dann wieder jeder die Hälfte des gesamten Beitrags, Arbeitnehmer sparen dadurch bis zu 38 Euro im Monat. Für die Rücklagen der Krankenkassen gibt es ab 2019 neue Höchstgrenzen: Werden diese überschritten, müssen die Zusatzbeiträge zu Lasten der Versicherten sinken. Der Mindestbeitrag wird ab dem nächsten Jahr für Selbständige mit niedrigem Einkommen fast halbiert, künftig beträgt er rund 171 Euro im Monat. Bis zu 180 Euro Entlastung im Monat ist möglich.

Foto: CDU/Tobias Koch



Gruppe der Frauen trifft Bundeskanzlerin Angela Merkel

Am Montag traf sich die Gruppe der Frauen (GdF) der CDU/CSU-Fraktion mit Bundeskanzlerin Angela Merkel zum Abendessen. Bei dem Treffen wurden viele Politikfelder besprochen, so z.B. auch das Thema Wahlrechtsreform.

Foto: Bundesregierung/Jesco Denzel



BAMF-Korruptionsfälle im Innenausschuss

Der Innenausschuss des Deutschen Bundestages hat in einer Sondersitzung die Vorgänge in der Bremer Außenstelle des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ausführlich behandelt. Die Ereignisse in Bremen sind zwar skandalös, aber bundesweit bislang einmalig – Schlüsse auf die Qualität der Arbeit des Bundesamtes insgesamt können daraus nicht gezogen werden. So hat das BAMF im selben Zeitraum, in dem es in Bremen zu rund 4000 Korruptionsfällen gekommen sein soll, deutschlandweit fast 1,6 Millionen Entscheidungen getroffen – viele dieser Entscheidungen sind gerichtlich überprüft und nicht beanstandet worden. Darüber hinaus hat das BAMF seine Qualitätssicherung beständig weiterentwickelt, die entsprechenden Verfahren sollen auch stetig weiter verbessert werden. Die Unionsfraktion setzt sich weiterhin für eine umfängliche, lückenlose Aufklärung der Vorgänge in der BAMF-Außenstelle ein.

Foto: CDU/Lena Weber



Diversity-Tag

„Flagge zeigen für Vielfalt!“ – das war das Motto des diesjährigen Diversity-Tages der Charta der Vielfalt. Mit ihrem Arbeitsstab im Bundeskanzleramt unterstützte auch Staatsministerin Annette Widmann-Mauz MdB den Aktionstag der Unternehmensinitiative. Widmann-Mauz betonte in den sozialen Medien, dass Deutschland ein vielfältiges Land sei und dass die Bundesrepublik einen großen Teil ihrer Leistungsfähigkeit aus dieser Vielfalt beziehe. Vielfalt als Chance zu erkennen, heiÙe ihre Potenziale zu nutzen, erklärte die Staatsministerin abschließend.



CIVIS-Medienpreis 2018

Der Europäische CIVIS Medienpreis für Migration, Integration und kulturelle Vielfalt wurde am gestrigen Donnerstag im Auswärtigen Amt in Berlin verliehen. Schirmherren des CIVIS Medienpreises 2018 sind Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und der Präsident des Europäischen Parlaments Antonio Tajani. Der CIVIS Medienpreis zeichnet Programtleistungen in Film, Fernsehen, Radio und Internet aus, die das friedliche Zusammenleben in der europäischen Einwanderungsgesellschaft fördern. Staatsministerin Annette Widmann-Mauz MdB überreichte den CIVIS-Kinopreis an "Jugend ohne Gott" von Alain Gsponer. In ihrem Grußwort sprach die Staatsministerin die Medienschaffenden direkt an: „Wir brauchen gerade in diesen Zeiten Ihre Beiträge für eine sachliche Debatte. Eine Debatte über die Werte, die unsere Gesellschaft bei aller Vielfalt prägen sollen. Über die Regeln, die unser Zusammenleben bestimmen. Und über gleiche Chancen auf Teilhabe, die jede und jeder in unserem Land braucht.“

Foto: CIVIS/Oliver Ziebe

Ihre Meinung ist wichtig!

Schreiben Sie mir eine Mail oder rufen Sie mich an. Ich bin für Sie da.

Telefon: 030 / 227-77217 | Telefax: 030 / 227-76749

E-Mail: annette.widmann-mauz@bundestag.de

Besuchen Sie mich auf meiner Facebookseite:

<https://www.facebook.com/widmannmauz>

Annette Widmann-Mauz | Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin



Diese E-Mail wurde an annette.widmann-mauz@bundestag.de verschickt. [Hier geht es zu unserer Datenschutzerklärung.](#) Wenn Sie keine weiteren E-Mails erhalten möchten, können Sie sich hier abmelden.

DE